

Internationalisierung als Herausforderung für die berufliche Bildung in Deutschland

BIRGIT THOMANN

Leiterin der Abteilung »Internationalisierung
der Berufsbildung/Wissensmanagement«
im BIBB

Zukunftsfragen der beruflichen Bildung lassen sich schon lange nicht mehr allein in nationalen Kontexten diskutieren und beantworten. Bereits mit Etablierung der europäischen Bildungsprogramme in den 1980er-Jahren wurde das deutsche Berufsbildungssystem in grenzüberschreitende Entwicklungen eingebettet. Gleichwohl haben internationale Themen der Berufsbildung in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Der Beitrag skizziert drei zentrale Handlungsfelder, in denen sich Herausforderungen für die Internationalisierung der beruflichen Bildung erkennen lassen.

Ein Begriff mit vielen Facetten

Der Begriff »Internationalisierung« umschreibt unterschiedliche Dimensionen (Staats-)grenzüberschreitenden Handelns und Zusammenwirkens. Mit Blick auf das Berufsbildungssystem in Deutschland sind die Konsequenzen der weltweiten Verflechtung der Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte für die Gestaltung der nationalen Berufsbildung zu nennen. Internationalisierung der Berufsbildung heißt aber auch die Weiterentwicklung von Prozessen im Rahmen der europäischen Bildungspolitik, wie sie durch bildungspolitische Programme und Strategien befördert wird. Last but not least ist die vielfältige internationale Berufsbildungszusammenarbeit mit Partnern im Ausland zu nennen, sei es auf der Ebene von staatlichen Kooperationen, der Beratung zu Fragen der Systementwicklung oder der Arbeit einer Vielzahl von Akteuren, die in der beruflichen Aus- und Weiterbildung von Fachkräften im Ausland aktiv sind.

Wenngleich diese Dimensionen miteinander verbunden sind und sich zum Teil wechselseitig bedingen, werden sie nachfolgend im Sinne einer begrifflichen Systematisierung in ihren jeweils spezifischen Schwerpunkten dargestellt.

Handlungsfeld: Berufsbildungssystem in Deutschland

Wegen seiner demografischen Entwicklung und des Fachkräftebedarfs der Wirtschaft ist die Berufsbildung in Deutschland auf eine gelingende sozio-ökonomische Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund über Ausbildung und Qualifizierung sowie auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Dies gilt vor allem in Branchen und Berufen, in denen Engpässe absehbar sind (z. B. im Gesundheits- und Pflegebereich). Der Aufbau einer Willkommenskultur sowie eine verstärkte Anerkennung im Ausland erworbener beruflicher Qualifikationen und eine verbesserte Anrechnung anderweitig erworbener Kompetenzen spielen dabei eine wichtige Rolle. Da bei der Validierung informell und non-formal erworbener Kompetenzen andere Staaten bereits Verfahren entwickelt und Erfahrungen gesammelt haben (z. B. Frankreich, Schweiz), ist der Austausch für die anstehenden nationalen Entwicklungsarbeiten in Deutschland bereichernd.

Um die deutsche Berufsbildung internationaler aufzustellen, sind darüber hinaus Maßnahmen zur Förderung der regionalen Mobilität von Lernenden wie Lehrenden und der grenzüberschreitenden Kooperation zu begrüßen. Eine systematische Integration interkultureller bzw. internationaler Kompetenzen in die berufliche Aus- und Weiterbildung gilt es weiterhin umzusetzen.

Handlungsfeld: Europäische Berufsbildungspolitik

Über die offene Methode der Koordinierung ist die EU bestrebt, die Berufsbildungspolitik ihrer Mitgliedstaaten aufeinander abzustimmen und transparent zu machen. Hierzu bieten die Implementierung des Europäischen bzw. Deutschen Qualifikationsrahmens (EQR/DQR), die Entwicklung von Verfahren zur Anerkennung von Bildungsleistungen sowie der Rahmen für Qualitätssicherung in der Berufsbildung (EQA-VET) wichtige Voraussetzungen, um die deutsche Berufsbildung international anschlussfähig und ausreichend flexibel zu halten. Das Verständnis

einer Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung, wie es im DQR durch die Zuordnung beruflicher Qualifikationen wie Meister, Fachwirt oder Techniker und des Bachelor-Abschlusses zum Niveau 6 des DQR zum Ausdruck kommt, ist dabei in dieser Form innerhalb Europas bislang einzigartig.

Mithilfe zentraler Strategien und Prozesse¹ beschreitet die EU den Weg zum Ausbau ihrer Wettbewerbsfähigkeit und eines dynamischen, wissensgestützten Wirtschaftsraums. Europäische Reformanstrengungen hin zur Förderung von arbeitsweltbasiertem Lernen (»work-based learning«, vgl. European Commission 2013), grenzüberschreitender Mobilität und Zusammenarbeit (z.B. Programm Erasmus+, Europäische Allianz für Lehrlingsausbildung) unterstützen diese Zielsetzung. In diesem Zusammenhang steigt die Bedeutung eines wechselseitigen Lernens und einer forschungsbasierten Politikberatung im nationalen wie internationalen Kontext, die auf Evidenz und den Ergebnissen von international vergleichenden bzw. europäischen Forschungs- und Entwicklungsprojekten beruht.

Handlungsfeld: Internationale Berufsbildungszusammenarbeit

Während viele Staaten in Europa und einige asiatische Staaten (z.B. Japan, Südkorea) dramatisch sinkende Geburtenraten und eine alternde Gesellschaft haben, stehen andere Länder vor der großen Aufgabe, einer wachsenden Zahl von Jugendlichen ausreichende Bildungsangebote zu machen. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation sind 74,5 Millionen junger Menschen zwischen 15 und 25 Jahren weltweit ohne Arbeit (vgl. ILO 2014, S. 11)². Diese Entwicklungen stellen enorme Herausforderungen für die Modernisierung der jeweiligen Bildungssysteme dar und bedingen eine neue Ausrichtung der Lehr- und Lernprozesse. Ziel wird es sein, vermehrt arbeitsbasierte, betriebliche oder betriebsnahe Formen beruflicher Bildung zu implementieren oder vorhandene attraktive Ansätze auszubauen (vgl. ETF 2014).

Im Rahmen der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit der Bundesregierung gilt es, Reformen der Partnerländer unter Einbeziehung der unterschiedlichen Strategien, Strukturen und Bedarfe mit maßgeschneiderten Angeboten zu unterstützen und somit zu wirtschaft-

licher und sozialer Entwicklung beizutragen. Angesichts einer häufig schulisch ausgerichteten, primär in staatlicher Verantwortung liegenden beruflichen Erstausbildung ist es im Rahmen gemeinsamer Projekte wichtig, Unternehmen in Ausbildungsprozesse einzubinden und Rahmenbedingungen für eine gemeinsame Verantwortung von Staat und Wirtschaft für die berufliche Bildung zu verbessern. Auf die wachsende internationale Nachfrage zum dualen System hat die Bundesregierung im Juli 2013 mit dem Strategiepapier »Berufsbildungszusammenarbeit aus einer Hand« reagiert (vgl. Bundesregierung 2013). Mit diesem Strategiepapier ist u. a. der Aufbau einer Zentralstelle für internationale Berufsbildungskooperation (German Office for International Cooperation in VET – GOVET) im BIBB eingeleitet worden. Transparenz hinsichtlich der Aktivitäten und handelnden Institutionen sowie ein bestmöglich koordinierter und kohärenter »deutscher Ansatz« bilden weiterhin wichtige Zielsetzungen der deutschen Berufsbildungszusammenarbeit.

Herausforderung: Grenzen der Internationalisierung?

Die dargestellte internationale Vernetzung und Einbettung der deutschen Berufsbildung wie auch die Entwicklung hin zu einem europäischen Bildungs- und Beschäftigungsraum bedarf weiterhin der Verständigung sowie der Gelegenheiten zu wechselseitigem Lernen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Internationalisierung in der beruflichen Bildung auch an Grenzen stoßen und dass es auf nationaler Ebene Bereiche geben kann, die von der Tendenz zur Internationalisierung ausgenommen bleiben. Die hierüber zu führende Diskussion verspricht interessante Aufschlüsse – nicht zuletzt über das Selbstverständnis der beruflichen Bildung in Deutschland. ◀

Literatur

BUNDESREGIERUNG: Internationale Berufsbildungszusammenarbeit aus einer Hand. Strategiepapier der Bundesregierung. BT-Drucks. 17/14352 v. 05.07.2013 – URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/143/1714352.pdf> (Stand: 10.06.2015)

EUROPEAN COMMISSION: Work-based Learning in Europe – Practices and Policy Pointers. 2013

EUROPEAN TRAINING FOUNDATION (ETF): Work-based Learning – A Handbook for Policy Makers and Social Partners in ETF Partner Countries. 2014

INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION (ILO): Global Employment Trends 2014. Genf 2014

¹ Dieses sind in erster Linie der Kopenhagen-Prozess, das Brügge-Kommuniqué zur Stärkung der europäischen Kooperation in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und die jüngst verabschiedeten Rigaer Schlussfolgerungen sowie die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung und die Strategie für die europäische Zusammenarbeit im Bildungsbereich Education and Training 2020.

² Die am stärksten von Jugendarbeitslosigkeit betroffenen Weltregionen sind die MENA-Region, welche die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas umfasst, Teile Lateinamerikas und die Staaten Südeuropas.